

# Karas, Kern und Lunacek präsentierten EU-Reform

**Zukunftskonferenz.** Von europaweiten Volksabstimmungen, einer EU-weiten Kerosinsteuer bis hin zu Fixpreisen für knappe Rohstoffe: Eine parteiübergreifende Initiative fordert eine deutlich gestärkte und ausgeweitete EU.

VON WOLFGANG BÖHM

**Wien.** Es sind keine radikalen Einzelvorschläge, aber sie haben in Summe das Potenzial für große Umbrüche in der Europäischen Union. Am Montag hat das von Othmar Karas (ÖVP) gegründete BürgerInnenforum seine Vorschläge für die EU-Zukunftskonferenz vorgelegt. Parallel zur Bundesregierung hat die parteiübergreifende Initiative, an der Ulrike Lunacek (Grüne) und Christian Kern (SPÖ) ebenso beteiligt sind wie zahlreiche österreichische Experten aus Think Tanks, Wirtschaft und Verwaltung, ein Programm an Forderungen für eine EU-Reform erarbeitet. Es wurde bei 25 Bürgerdialogen in allen neun Bundesländern diskutiert und von fünf Expertenbeiräten konkretisiert.

Das Ergebnis ist ein Paket an Maßnahmen, das eine klare Richtung zeigt: Die EU soll durch neue Kompetenzen gestärkt und ihr

Einflussbereich ausgeweitet werden. Das betrifft nicht nur – wie bei den von den EU-Institutionen durchgeführten Bürgerdialogen – die gemeinsame Außenpolitik, sondern hier auch Steuerpolitik, Gesundheitspolitik und etwa die Rohstoffpolitik.

Um die wichtigsten Herausforderungen einer durch Pandemie, Krieg und Krisen veränderten globalen Lage zu meistern, schlagen die Teilnehmer mehr statt weniger Europa vor. Hier ein kurzer Überblick über einige der Vorschläge:

► Einführung von EU-weiten Volksabstimmungen

► Vollständiges Initiativrecht und vollständige Budgethoheit für das EU-Parlament

► Die EU-Beistandspflicht mit Blick auf die Kooperation zwischen bündnisfreien EU-Mitgliedern und EU-Staaten, die auch der

Nato angehören, soll konkretisiert werden.

► Die Ukraine soll den Status eines Beitrittskandidaten erhalten. Mit Albanien und Nordmazedonien sollen Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden.

► Abschaffung der Einstimmigkeit in Bereichen der Steuerpolitik

► Einrichtung einer EU-Aufsicht für Versicherungen und Wertpapiere sowie einer zentralen europäischen Geldwäscheaufsicht

► Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Sozialbereich und Ausweitung der EU-Kompetenzen im Bereich soziale Sicherheit

► Schaffung einer Konjunkturreserve im EU-Haushalt, um bei allgemeinen oder regionalen Konjunkturreinbrüchen gegensteuern zu können

► Einführung von europäischen Kollektivverträgen und standardisierten Kriterien für Mindestlöhne

► Dotierung eines Fonds für Langzeitpflege

► EU-weite Kerosinsteuer auf fossile Energieträger und gemeinsame Sozialstandards für Beschäftigte im Bereich Luftfahrt

► Bepreisung von knappen Rohstoffen zur Marktsteuerung und Grenzbesteuerung für knappe Ressourcen

► Europaweite Ausbildungsinitiative für Fachkräfte im IT-Bereich

► Neubelebung der Welthandelsorganisation WTO, um Klimadumping den Nährboden zu entziehen, sowie die Nutzung bilateraler Handelsverträge als wichtigstes Instrument, um den Pariser Klimavertrag mit Leben zu erfüllen.

## NACHRICHTEN

### ÖAMTC-Anfrage wegen Ungarns Benzinpreis

Der ÖAMTC hat sich mit einer Anfrage an die EU-Kommission gewandt. Grund ist die Einführung eines Benzinpreisaufschlags für Ausländer in Ungarn. Die EU-Binnenmarktregeln sehen ein Diskriminierungsverbot für Bürger aus anderen EU-Staaten vor. Der ÖAMTC will wissen, ob der Aufschlag im Nachbarland mit EU-Recht vereinbar ist.

### Manfred Weber vor Wahl zum EVP-Chef

Der CSU-Politiker und Vorsitzende der größten Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber, dürfte kommende Woche zum Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt werden. Es gibt keinen Gegenkandidaten. Weber wird damit dem Polen Donald Tusk folgen. Die EVP ist die christdemokratische Parteienfamilie, der auch die ÖVP angehört.